

Rundbrief, 12. September 2021

Liebe Freunde,

als wir im Juli in Kabul waren, haben wir mit recht verschiedenen Menschen über die bevorstehende Machtübernahme der Taliban gesprochen. Dass sie kam, war allen klar. Die Gesprächspartner sahen dem mit Fassung entgegen. Man war froh, dass es endlich Frieden geben sollte. Hilfsorganisationen, wie die unsere, hatten in ihren Projektgebieten schon lange Kontakte zu lokalen Taliban. Es ging nicht anders. Doch die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, waren ermutigend. Wir waren sicher, dass eine Weiterarbeit unter einer Taliban-Regierung möglich sein wird. Aus Afghanistan evakuiert zu werden, war für niemanden ein Thema.

Die Taliban wären ja verrückt, dachten wir damals, wenn sie sich so brutal und superislamistisch gäben wie während ihrer ersten Herrschaft bis 2001. Das würde schnell zu innerem Widerstand und zum Eingreifen von Nachbarländern führen, die sich ihrerseits bedroht fühlten. Bürgerkrieg würde die Herrschaft der Taliban gefährden.

Der tatsächliche Machtwechsel war wesentlich bitterer. Schon am Tag, an dem die Taliban in Kabul einrückten, wurden mehrere unserer Mitarbeiter anonym angerufen: „Wir kennen Euch alle. Ihr habt für eine westliche Organisation gearbeitet. Ihr werdet alle umgebracht.“ Bis dahin hatte sich die Belegschaft von OFARIN sicher gefühlt. Schließlich war unser Unterrichtsprogramm 1998 unter den „alten Taliban“ – und zwar auf deren Drängen hin – entstanden. Jetzt drängten die Kollegen darauf, aus Afghanistan evakuiert zu werden.

Sie stellten eine Liste aller Trainer und Büro-Mitarbeiter und einiger ehemaliger Mitarbeiter mit ihren Familienangehörigen auf. Ich erkundigte mich beim Auswärtigen Amt nach den Voraussetzungen für eine Evakuierung. Bis wann muss der Mitarbeiter bei OFARIN gearbeitet haben? Welche Familienangehörigen werden evakuiert? ...

Beim AA gibt es dafür ein Krisen-E-Mail: 040.Krise19@diplo.de. Dieses antwortete sofort: Man sei vollkommen überlastet. Man könne nicht alle eingehenden E-Mails lesen. Ich möge bitte keine weiteren E-Mails an diese Adresse schicken.

Am Tag darauf stand die Liste unserer bedrohten Mitarbeiter. Ich rief eine Nummer im AA an, die mir ein Freund als Geheimtipp verraten hatte. Ein freundlicher Herr antwortete und reichte mich an einen ebensolchen weiter. Der Dritte konnte mir nur die Standard-Krisen-Telefonnummer empfehlen. Die war gut 50mal besetzt. Dann versprach mir eine Stimme, ich werde mit dem nächsten freien Arbeitsplatz verbunden. Das geschah nach weiteren 40 Minuten. Eine Dame erklärte, dass sie nur wegen des gewaltigen Andrangs Telefonate beantworten müsse, aber kaum in der Materie stecke. Die Bedingungen für eine Evakuierung kannte sie nicht. Ich solle die Liste von OFARIN ans AA schicken. Dort entscheide man dann oder vielleicht auch vor Ort – auf dem Kabuler Flughafen. Ich fragte, an wen ich die Liste schicken soll. An 040.krise19... Ich protestiere. Diese Adresse habe mir gesagt, dass eingehende E-Mails nicht gelesen werden. – Ich solle trotzdem dorthin schreiben. Etwas anderes gäbe es nicht. Ich schickte die Liste und sank in mich zusammen.

Einen Tag später rief eine junge Dame an, die gerade an einer Veranstaltung des Grünen-Politikers Omid Nouripour in Kassel teilnahm. Sie war wohl eine ehrenamtliche Mitarbeiterin bei den Grünen und pendelte immer wieder in die Veranstaltung, sprach sich mit Mitarbeitern von Nouripour ab und kam dann wieder raus, um zu telefonieren. Ich solle OFARINs Liste an das Büro des FDP-Abgeordneten Hemmer schicken. Es bestünden noch Chancen für eine Evakuierung.

„Mit wem denn?“ – „Mit den Amerikanern“ Es war der Tag, an dem die letzten deutschen Militärmaschinen abflogen. Nachdem sie mit Nouripours Team gesprochen hatte, korrigierte sie sich: „Die Evakuierungsflüge führen die Deutschen durch. Es seien noch über 400 deut-

sche Staatsbürger in Kabul. Die werden nächste Woche ausgeflogen. Da könnten auch bedrohte Afghanen mit. „Wieviel Leute sind das bei Ihnen?“ – „Es geht um 35 Mitarbeiter. Mit Familienangehörigen kommen wir auf etwa 150 Personen.“ Da erschrank sie.

Auf OFARIN war man in der Umgebung von Nouripour gestoßen, weil sich dort zwei unserer Lehrerinnen gemeldet hatten, die sich bedroht sahen. Ich erklärte der Dame, dass wir aktuell über 200 Lehrkräfte in Teilzeit beschäftigten, von denen sicher mehrere bedroht seien. Sie forderte mich auf, eine Liste von allen mit Familie aufzustellen, wollte sich aber erst erkundigen, wie die Liste aussehen soll. Die Auskunft bekam ich nicht mehr. Es wäre auch kaum möglich gewesen, diese etwa tausend Menschen aufzulisten, da unser Büro, wie alle Büros, Betriebe und Ministerien in Kabul, geschlossen ist.

Sie ermunterte mich, Druck auf Herrn Annen, den Staatssekretär im AA (SPD), auszuüben. Der könne Passierscheine ausstellen, deren Inhaber die Taliban am Kabuler Flugplatz durchließen. Doch Annen täte das nicht. Auch Gerd Müller (CSU), der Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sah Evakuierungen skeptisch. „Wir wollen Nothilfe und Entwicklungshilfe leisten. Dazu brauchen wir unsere Ortskräfte. Wenn die evakuiert werden, können wir keine Hilfe mehr leisten.“ Die Regierungsparteien wollen das Flüchtlingsthema nicht im Wahlkampf haben. Die Oppositionsparteien wollen diese Haltung der Regierung bloßstellen. Das Büro von Herrn Hemmer bestätigte den Eingang unserer ersten Liste.

Das Problem des Ministers Müller hat auch OFARIN. Auch wir wollen in Afghanistan weiterarbeiten und brauchen unsere Mitarbeiter dort.

Wie gefährdet sind unsere Leute in Afghanistan? Das war zunächst schwer abzuschätzen. Gab es in Kabul eine Massenpsychose, verstärkt durch die kurze Zeit, die für die Evakuierungen blieb? Wollten jetzt Afghanen relativ günstig ins gelobte Land gelangen?

Viele Menschen riefen aus Afghanistan an, auch Menschen, mit denen wir lange nichts mehr zu tun hatten, selbst Mitarbeiter, die wir aus schwerwiegenden Gründen entlassen hatten. Andere Afghanen riefen aus Deutschland an und verstanden nicht, warum wir nichts für ihre bedrohten Verwandten täten. Schleswig-Holstein habe sich doch bereit erklärt, bedrohte Afghanen aufzunehmen. Ob ich das nicht wisse? Warum ich nicht bei der Landesregierung angerufen habe?

Ich schrieb allen ausreisewilligen Mitarbeitern, dass sie hier kein Paradies erwarte. Sie alle haben tüchtig für OFARIN gearbeitet. Aber auf ein Berufsleben in Deutschland seien sie nicht vorbereitet. Sie müssten die Sprache erlernen. Um sich formal zu qualifizieren, seien sie nicht mehr jung genug. Es sei auch zu befürchten, dass sie nach einer Evakuierung jahrelang in Lagern in Usbekistan leben werden.

Immer wieder telefonierte ich mit Mitarbeitern, die von dem berichteten, was sie erlebten und erfuhren. Jetzt bin ich leider sehr sicher, dass unserer Mitarbeiter sehr bedroht sind. Hier über Einzelheiten zu berichten, könnte weitere Gefährdungen schaffen. Was unseren Mitarbeiter berichtet haben, gebe ich nur mündlich weiter. Mir liegt noch einiges auf der Seele, das ich den Menschen in Deutschland und im Ausland sagen möchte. Vielleicht hat einer von Ihnen, liebe Leser, die Möglichkeit, solche Berichte und Erläuterungen zu veröffentlichen, ohne unsere Mitarbeiter zu gefährden. Alle Entscheidungsträger bitte ich dringend, Afghanen aus dem Land zu holen, die bedroht sind. Es geht um Leben oder Tod.

Neben der unmittelbaren Bedrohung durch politischen Terror, droht allen Afghanen eine Hungersnot und bittere Kälte im Winter. Es gelingt offenbar nicht, die Wirtschaft in Gang zu bringen. Die Menschen verbergen sich in ihren Häusern, obwohl sie auch dort nicht sicher sind. Die Betriebe, Geschäfte, Büros und Behörden bleiben leer. Niemand weiß, wie Afghanistan durch den Winter kommen soll. Auch

die Taliban wissen, dass internationale Hilfe bitternotwendig ist und sind offenbar bereit, sich darauf einzulassen.

Die internationale Gemeinschaft sollte dringend von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, nicht nur um die Ausreise bedrohter Afghanen auszuhandeln. OFARINs Unterrichtsprogramm ist 1998 auf Drängen damaliger ranghoher Taliban zustande gekommen. Ich habe damals viele aufgeschlossene und neugierige Taliban kennen gelernt, die an konstruktiver Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Kulturen interessiert waren und sehr großzügig mit der offiziellen Taliban-Ideologie umgingen. Vermutlich hätten meine Partner damals gerne Kontakte zu potenteren Entscheidungsträgern der internationalen Gemeinschaft gehabt. Aber die Botschaften fast aller Länder waren geschlossen, so dass sie sich an Leiter kleiner Hilfsorganisationen halten mussten. Afghanistan war von der Weltgemeinschaft isoliert und wurde so in die Arme seiner schlechten Freunde gedrückt.

Man sollte diesen Fehler nicht wiederholen. Wenn man die Taliban-Bewegung zu wünschenswerten Entwicklungen anregen will, muss man sie kennen und besser verstehen. Das könnte helfen, große Fluchtbewegungen zu vermeiden. Man sollte auch viel mehr darüber wissen, welche ausländischen Kräfte im Land Einfluss ausüben, denn da wird sich bald noch mehr tun. Auch radikale Terroristen werden sich in Afghanistan niederlassen. Darüber muss man Bescheid wissen.

Die Taliban sind kein fester Block wie die Mullahs im Iran oder die Führung in Nordkorea. Sie sind sehr heterogen und wandlungsfähig.

OFARIN hofft, in Afghanistan weiter arbeiten zu können und ist dabei Möglichkeiten zu finden, den Kollegen Geld zu schicken.

Herzliche Grüße,

Peter Schwittek.